

# Bund entlastet Kommunen

**Sozialhilfe.** Die Aufwendungen der Gemeinden für die Sozialhilfe sind im Krisenjahr 2009 wie erwartet gestiegen. Langfristig aber ist die Entwicklung keineswegs dramatisch verlaufen.

Die Sozialhilfe feiert in diesem Monat ihren 50. Geburtstag. Sie ist der letzte Rettungsanker, den die Gesellschaft bereithält: Der Staat sorgt dafür, dass jeder Mensch ein Dach über dem Kopf hat, sich anständig ernähren und kleiden kann und auf einen Kino- oder Theaterbesuch nicht verzichten muss.

Die Kosten für die Sozialhilfe werden von den Ländern und Gemeinden getragen (Kasten). Die Ausgaben sind seit 1991 um ein gutes Drittel auf zuletzt nahezu 21 Milliarden Euro gestiegen (Grafik). Doch ganz so dramatisch, wie der Anstieg auf den ersten Blick aussieht, ist er nicht:

**In Preisen von 1991 gerechnet, nahmen die Ausgaben gerade einmal um 1,4 Milliarden Euro zu.**

Für die moderate Steigerung ist vor allem die Hartz-IV-Reform von 2005 verantwortlich. Bis dahin bekamen Arbeitslose, die weder Anspruch auf Arbeitslosengeld noch auf Arbeitslosenhilfe hatten, →

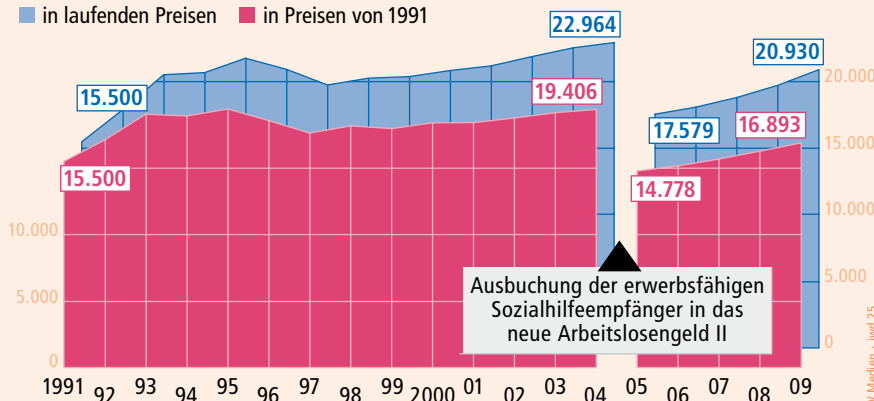
## Wer die Sozialhilfe bezahlt

Zuständig für die Sozialhilfe sind Kommunen, Länder und gegebenenfalls Kommunalverbände. Die Kommunen als örtliche Träger mussten im Jahr 2009 43 Prozent der Ausgaben schultern. Überörtliche Träger sind vor allem im ausgabenintensiven Bereich der Eingliederungshilfe für Behinderte zuständig, wo sie 75 Prozent der Kosten tragen. Welche Leistung von welchem Träger betreut wird, ist mitunter von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich geregelt. So werden die Kosten für die Schulbildung Behinderter in Brandenburg überwiegend von den Kommunen getragen, während das in Bayern die Bezirke übernehmen.

## Sozialhilfe: Kosten steigen moderat

Ausgaben von Ländern und Kommunen für Sozialhilfe in Millionen Euro

■ in laufenden Preisen ■ in Preisen von 1991



Preisindex der Konsumausgaben des Staates; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 25

## In dieser Woche

**Energiesteuer:** Benzin und Diesel sind teuer – auch weil der Staat mehr als die Hälfte des Preises abschöpft.  
Seite 3

**Auslandsinvestitionen:** Unternehmen sind im Ausland vor allem aktiv, um neue Absatzmärkte zu erschließen.  
Seite 4

**Ausbildungsberufe:** Die meisten Berufe wurden seit Mitte der 1990er Jahre modernisiert oder neu geschaffen.  
Seite 5

**Fußball:** Vielleicht gewinnen die deutschen Fußballspielerinnen die WM – die Wirtschaft wird eher wenig profitieren.  
Seite 6

**Gesetzliche Unfallversicherung:** Die Zahl der Arbeitsunfälle ist 2009 auf einen historischen Tiefstand gesunken.  
Seite 7

**Schiffbau:** Vor allem große Passagierschiffe kommen aus deutschen Werften, aber auch Spezialschiffe.  
Seite 8

**Präsident:** Dr. Eckart John von Freyend  
**Direktor:** Professor Dr. Michael Hüther  
**Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln



→ Sozialhilfe. Das waren immerhin einige 100.000 Personen – dazu gehörten arbeitslose Berufseinsteiger und Selbstständige, die keinen Versicherungsanspruch hatten.

Nach der Reform bezogen diese erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger das vom Bund finanzierte neue Arbeitslosengeld (ALG) II. Dadurch

sparten die Gemeinden viele Milliarden Euro. Die Unterkunftskosten für die ALG-II-Empfänger tragen seitdem allerdings die Kommunen – weitgehend:

**Insgesamt wurden für Miete und Heizung 2009 rund 13,8 Milliarden Euro gezahlt – allein 10,2 Milliarden Euro schulterten die Gemeinden.**

Nicht zuletzt deshalb will die Bundesregierung die Kommunen bei der Sozialhilfe entlasten. Bis 2015 übernimmt der Bund schrittweise die Ausgaben für die Grundsicherung für ältere und nicht mehr arbeitsfähige Bürger. Sie belaufen sich auf immerhin 4 Milliarden Euro im Jahr (Kasten).

## Wer Sozialhilfe bekommt

1. **Eingliederungshilfen** bekommen rund 720.000 **behinderte Menschen**. Für das betreute Wohnen gab der Staat 2008 brutto – also ohne Einnahmen z.B. aus der Pflegeversicherung – 5,9 Milliarden Euro aus. Die Werkstätten für Behinderte schlugen mit 3,4 Milliarden Euro zu Buche. Heilpädagogische Leistungen für Kinder kosteten 930 Millionen Euro.

2. Seit dem Jahr 2003 bekommen Ältere, deren Rente nicht zum Leben reicht, eine **Grundsicherung**. Kinder müssen seitdem nicht mehr für ihre Eltern finanziell einstehen. Die Zahlungen entsprechen denen der Hilfe zum Lebensunterhalt, wobei die Rente voll angerechnet wird. Wer z.B. Zeitungen austrägt und dafür ein Taschengeld erhält, muss sich dieses ebenfalls zum Teil anrechnen lassen. Das gilt generell für Nebentätigkeiten. Daneben erhalten auch Personen, die nicht mehr regulär arbeiten können, eine solche Grundsicherung.

Ende 2009 empfingen insgesamt 750.000 Menschen die Grundsicherung, davon war gut die Hälfte im Rentenalter.

3. **Hilfe zur Pflege** bekommen Personen, bei denen die Pflegekosten nicht oder nur teilweise von der Pflegeversicherung übernommen werden und die die zusätzlichen Kosten nicht aus eigener Kraft – also mit der Rente oder Mieteinnahmen etc. – tragen können. Immerhin kann ein Pflegeplatz in einem Heim monatlich

schon einmal 4.000 Euro und mehr kosten. Drei Viertel der 390.000 Empfänger befanden sich Ende 2009 in Pflegeheimen.

Dem demografischen Wandel zum Trotz steigen die Aufwendungen für die Hilfe zur Pflege nur moderat. Preisbereinigt haben sich die Ausgaben von 2004 bis 2009 jahresdurchschnittlich lediglich um 1,8 Prozent erhöht.

4. **Hilfe zum Lebensunterhalt** erhalten Personen, die ihre täglichen Ausgaben nicht selbst bestreiten können. Eigenes Einkommen oder Vermögen werden angerechnet, wobei eine geförderte private Rentenversicherung – Stichwort Riester-Rente – unangestastet bleibt.

Die Leistungen umfassen einen Regelsatz, dessen Höhe sich am Arbeitslosengeld II orientiert. Das Sozialamt übernimmt zudem Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge und die Kosten für die Unterkunft. In den Regelsatz eingerechnet sind die Ausgaben der Sozialhilfeempfänger für Kino- und Theaterbesuche sowie TV-Gebühren und der Festnetzanschluss.

**Ende 2009 erhielten 314.000 Personen Hilfe zum Lebensunterhalt. Die meisten davon, nämlich 220.000, lebten in Heimen und ähnlichen Einrichtungen.**

Menschen, die arbeiten können, aber keinen Job finden, erhalten seit 2005 Arbeitslosengeld II. Das hat die Kommunen massiv ent-

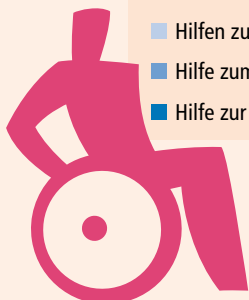
lastet. Zuletzt mussten sie dafür nicht einmal mehr 1 Milliarde Euro einplanen. Im Jahr 2004, dem letzten Jahr vor der Hartz-IV-Reform, wendeten die Kommunen noch 8,8 Milliarden Euro für die Hilfe zum Lebensunterhalt auf.

5. Die **Hilfen zur Gesundheit** umfassen medizinische Leistungen, für die – wenn jemand nicht krankenversichert ist – kein anderer Träger aufkommt: Vorsorgeprogramme, Hilfen bei Schwangerschaft und Familienplanung, Alten- und Blindenhilfe, die Übernahme von Bestattungskosten und anderes. Diese Leistungen erhielten Ende 2009 rund 110.000 Personen.

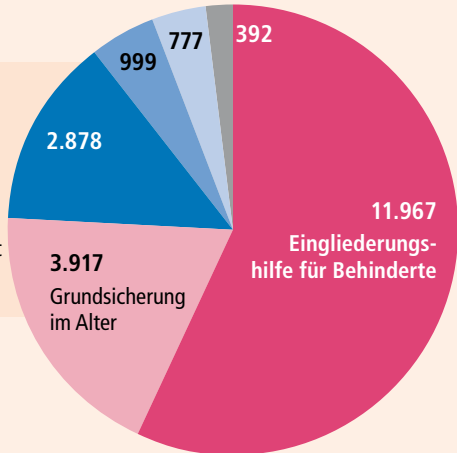
### Wofür Sozialhilfe?

2009 in Millionen Euro

- Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und Hilfe in anderen Lebenslagen
- Hilfen zur Gesundheit
- Hilfe zum Lebensunterhalt
- Hilfe zur Pflege



Quelle: Statistisches Bundesamt



Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 25

# Steuern im Tank

**Energiesteuer.** Ärger ist beim Tanken fast schon programmiert, denn der Höhenflug der Preise für Benzin und Diesel belasten die Portemonnaies der Bürger. Deshalb schimpfen die Verbraucher fast immer auf die Mineralölkonzerne – und übersehen, dass für mehr als die Hälfte des Preises der Staat verantwortlich ist.

Wenn etwas teuer ist, schieben das die meisten Menschen automatisch „dem Markt“ in die Schuhe. Oft lohnt es sich aber, etwas genauer hinzuschauen – vor allem bei den sogenannten administrierten Preisen. Diese setzt der Staat entweder direkt fest, wie die Rundfunk- und Fernsehgebühren, oder er nimmt zumindest erheblichen Einfluss auf die Preisbildung.

Zu der zweiten Gruppe gehören auch die Kraftstoffpreise. Hier greift der Staat unter anderem durch die Energiesteuer ein, und zwar lenkend – sprich „erzieherisch“. Er hält nämlich den reinen Marktpreis aus Umweltschutzgründen für unangemessen niedrig, denn die Auswirkungen des Verkehrs auf die Umwelt sind darin nicht enthalten.

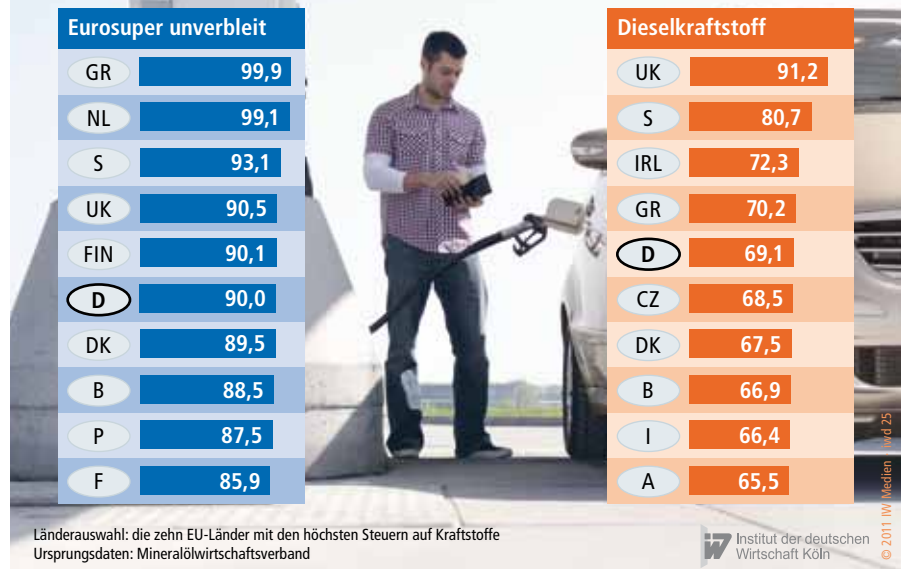
Und so machen in Deutschland die Steuern mittlerweile mehr als die Hälfte der Kraftstoffpreise aus. Bei Superbenzin sind es 59 und bei Diesel 50 Prozent. Das heißt (Grafik):

**Ende Mai 2011 zahlten die Verbraucher insgesamt 90 Cent pro Liter Super an den Staat – bei Diesel waren es 69,1 Cent.**

Zur hohen Steuerlast trägt auch die Mehrwertsteuer bei: Sie wird bei Kraftstoffen nicht nur auf den Nettopreis, sondern zusätzlich auf die

## Der Staat treibt die Spritpreise hoch

Am 6. Juni 2011 zahlte der Verbraucher an der Tankstelle so viel Steuern pro Liter Kraftstoff in Cent



Energiesteuer gezahlt. Der Staat erhebt also eine Steuer auf die Steuer.

Im EU-Vergleich langt der deutsche Staat kräftig zu: Beim Steueranteil für Super liegt Deutschland an sechster, beim Diesel an fünfter Stelle. Trotzdem bewegen sich die deutschen Endverbraucherpreise nur im europäischen Mittelfeld. Das bedeutet: In Deutschland verdient die Mineralölwirtschaft am wenigsten an den Verbrauchern.

**Ohne Steuern kassieren die Tankstellenbetreiber pro Liter 64 Cent bei Super und 69 Cent bei Diesel.**

Damit befindet sich die Bundesrepublik am unteren Rand. Am niedrigsten ist der Nettopreis in Estland, denn dort nehmen die Tankstellenbetreiber ohne Steuern 59 bzw. 60 Cent je Liter Super oder Diesel ein.

Im Juni 2011 liegt der Verbraucherpreis für einen Liter Superbenzin hierzulande bei 153,5 Cent pro Liter. Davon gingen laut einer Studie des Bundeskartellamts eben 60 Pro-

zent an den Staat. Von den verbleibenden 40 Prozent, die bei den Tankstellenbetreibern verbleiben, müssen diese mehr als 75 Prozent für die Beschaffung des Kraftstoffs und für Kosten von Transport, Lagerhaltung oder Verwaltung einplanen. Was tatsächlich bei den Tankstellen bleibt, ist nicht leicht zu errechnen, kommt es doch auf den Einzelfall an. Laut dem Bundesverband Freier Tankstellen bleibt seinen Betreibern eine Marge von 4 bis 5 Cent pro Liter.

Für den Verbraucher zählt jedoch nicht, wer welchen Anteil bekommt, sondern wie viel er letztendlich zahlen muss. Laut einer Studie des Bundeskartellamts zahlen Autofahrer in Deutschland zu viel Geld für Kraftstoffe. Denn fast immer geben die beiden Marktführer die Preise vor und die anderen Konzerne ziehen binnen weniger Stunden nach. Die Kartellwächter nennen das ein marktbeherrschendes Oligopol, das den Wettbewerb einschränkt.

# Die Nähe zum Kunden zählt

**Auslandsinvestitionen.** Deutsche Unternehmen investieren weiter kräftig jenseits der Landesgrenzen – allerdings selten aus reinen Kostenerwägungen. Die meisten Betriebe haben ein Standbein im Ausland, weil sie neue Märkte erschließen und vor Ort präsent sein wollen.

Was früher nur Großkonzernen wie VW oder Siemens vorbehalten war, praktiziert mittlerweile die Mehrheit der deutschen Unternehmen: den Sprung ins Ausland. Allein in diesem Jahr planen laut einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) 43 Prozent der heimischen Industriebetriebe Investitionen im Ausland, 44 Prozent dieser Firmen wollen dafür sogar mehr Geld in die Hand nehmen als im Jahr 2010; und fast die Hälfte der Unternehmen will ihr Engagement noch konstant lassen.

Auslandsinvestitionen sind ein weites Feld: Dazu gehören sowohl der Neubau von eigenen Produkti-

onsstätten als auch Investitionen in Vertriebsstrukturen oder Zukäufe von Unternehmen.

Solche Investitionen werden von Experten auch Direktinvestitionen genannt. Unter diesen versteht man nicht nur den Kauf eines kompletten ausländischen Unternehmens, sondern auch eine Beteiligung. Die Statistik zählt finanzielle Engagements als Direktinvestitionen, wenn sie folgende Voraussetzungen erfüllen: Das heimische Unternehmen muss sich mit mindestens 10 Prozent am ausländischen Betrieb beteiligen und außerdem ein langfristiges Interesse hegen – und nicht etwa nur auf einen kurzfristigen Aktiengewinn spekulieren.

Für deutsche Firmen spielen Direktinvestitionen eine ziemlich große Rolle. Ihr Volumen hat sich innerhalb von zehn Jahren nahezu verdoppelt (Grafik):

**Ende 2009 hatten deutsche Unternehmen bereits rund 985 Milliarden Euro an Beteiligungskapital in aus-**

**ländischen Firmen investiert – über 400 Milliarden Euro mehr als Anfang des Jahrzehnts.**

Damit waren deutsche Unternehmen 2009 insgesamt an mehr als 31.000 ausländischen Betrieben beteiligt, die zusammen 5,8 Millionen Mitarbeiter beschäftigten und annähernd 1,8 Billionen Euro Umsatz erzielten.

Dieser Trend zur Direktinvestition deckt sich mit den Motiven, die die Unternehmen mit einer Auslandsinvestition verfolgen:

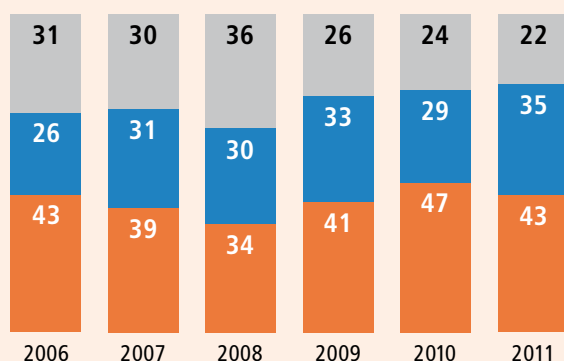
**Während deutsche Firmen früher noch vergleichsweise häufig aus Gründen der Kostenersparnis im Ausland investierten, ist dies aktuell nur noch für 22 Prozent der Unternehmen relevant.**

Statt um eine Produktionsverlagerung geht es den meisten Unternehmen bei ihrem Auslandsengagement heute vielmehr um eine Erweiterung ihrer Geschäftstätigkeit: Die Betriebe wollen neue Märkte erschließen und vor Ort präsent sein.

## Auslandsinvestitionen: Neue Märkte im Visier

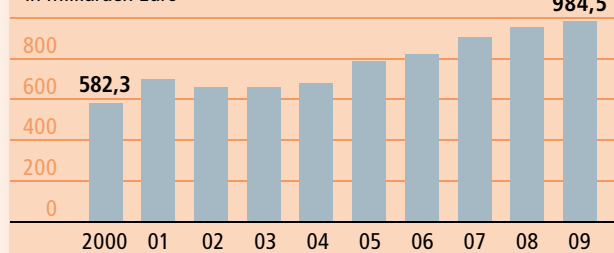
So viel Prozent der deutschen Unternehmen, die im Ausland investieren, tun dies, um ...

■ ... Kosten zu sparen ■ ... neue Märkte zu erschließen ■ ... den Vertrieb und den Kundendienst vor Ort auszubauen



Jährliche Befragung zum Jahresanfang von mehreren Tausend Unternehmen durch den DIHK  
Quelle: DIHK

Deutsche Direktinvestitionsbestände im Ausland in Milliarden Euro



Unmittelbare und mittelbare deutsche Direktinvestitionsbestände  
Quelle: Deutsche Bundesbank

# Hochaktuell und anspruchsvoll

**Ausbildungsberufe.** Seit Mitte der 1990er Jahre wurde die duale Berufsausbildung praktisch runderneuert: Nahezu alle aktuell gültigen Berufsbilder sind entweder neu geschaffen oder zumindest modernisiert worden.

Während so mancher Schullehrplan jahrzehntelang unverändert bleibt und die Hochschulen immer noch mit der Umstellung auf die neuen Studienabschlüsse kämpfen, haben die Verantwortlichen die duale Berufsausbildung beständig und unaufgeregt reformiert (Grafik):

**Seit 1996 wurden 245 Ausbildungsberufe modernisiert und 83 Berufe komplett neu entwickelt.**

Als besonders erfolgreich erweisen sich vor allem zwei neue dreijährige Ausbildungsberufe:

- Der **Kaufmann für Dialogmarketing** ermöglicht seit 2006 eine Ausbildung in der Callcenter-Branche. Allein 2010 schlossen mehr als 1.300 Jugendliche einen solchen Ausbildungsvertrag ab – damit zählt dieser Bildungsgang zu den zahlenmäßig wichtigsten neuen Berufen.
- Der **Personaldienstleistungskaufmann** ist ein Berufsbild, das es seit 2008 gibt. Mit annähernd 900 Neuverträgen im Jahr 2010 hat sich auch dieser Ausbildungsgang bereits gut etabliert – und sichert den Nachwuchs für Personalabteilungen sowie für die Zeitarbeitsbranche.

Obwohl die Berufsausbildung grundsätzlich für alle Bewerber offen ist, sind die Ausbildungsordnungen immer anspruchsvoller geworden. Vor allem für Jugendliche ohne Schulabschluss und für Hauptschulabsolventen liegt die Latte deutlich

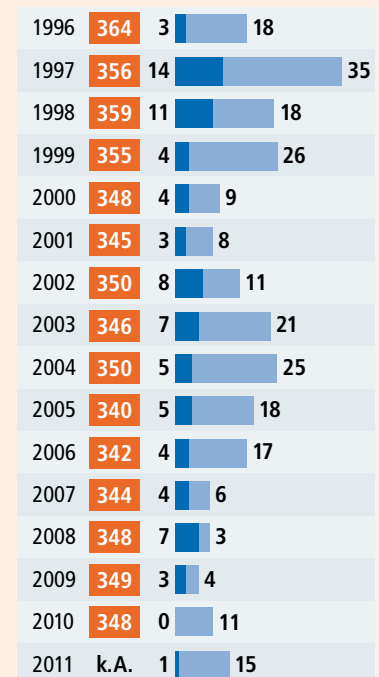
höher als früher. Insbesondere bei den dreijährigen Ausbildungen ist das Niveau gestiegen – mittlerweile haben 98 Prozent der Bank- und 80 Prozent der Versicherungskaufleute entweder Fachabitur oder Abitur.

Einen für alle Schulabgänger offenen Weg zum anerkannten Berufsabschluss bieten hingegen die zweijährigen Ausbildungsberufe. Auch hier gibt es einige erfolgreiche Neukreationen:

- Die neuen **Fachrichtungen des Maschinen- und Anlagenführers** werden seit 2004 angeboten und sind die erfolgreichsten zweijährigen Berufsinnovationen: Mehr als 3.100 Jungen und Mädchen schlossen im vergangenen Jahr einen solchen Ausbildungsvertrag ab.
  - Für eine Ausbildung zum **Kraftfahrzeugservicemechaniker** entschieden sich im Jahr 2010 fast 1.900 junge Menschen.
  - Die **Servicefachkraft für Dialogmarketing** zählte 2010 fast 500 Auszubildende im ersten Lehrjahr und bildet seit ihrer Einführung 2006 die Vorstufe zum Kaufmann für Dialogmarketing. Wer die Abschlussprüfung zur Servicefachkraft bestanden hat, kann sich die Ausbildungszeit auf die darauf aufbauende Ausbildung zum Kaufmann für Dialogmarketing anrechnen lassen.
  - Auch der **Industrieelektriker** ist ein gefragter Beruf: Obwohl es diese Ausbildung erst seit 2009 gibt, starteten 2010 bundesweit schon mehr als 250 Jugendliche in diese Lehre.
- Doch nicht nur die neuen zweijährigen Angebote erfreuen sich großer Beliebtheit; die kurzen Profile sind generell stark im Kommen:

## Ausbildungsberufe: Neu kreiert oder reformiert

■ Ausbildungsberufe insgesamt  
davon: ■ neu ■ modernisiert



2011: einschließlich der ab August 2011 startenden Ausbildungen  
Urspungsdaten: Bundesinstitut für Berufsbildung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 25

**Knapp 10 Prozent aller Neuverträge entfallen auf die insgesamt 40 zweijährigen Berufsausbildungen. Vor 15 Jahren waren es erst 3 Prozent.**

Vor allem die Ausbildungen zum Verkäufer, zum Fachlageristen und zur Fachkraft für das Gastgewerbe stehen bei den Jugendlichen hoch im Kurs. Auf diese drei Berufe entfallen mit 37.400 Verträgen drei Viertel aller zweijährigen Ausbildungen.

Der „Durchstieg“ von zwei- in dreijährige Ausbildungen findet hingegen noch selten statt – dabei ist er politisch gewollt: Aufgrund des demografischen Wandels interessieren sich ausbildende Unternehmen zunehmend für schwächere Schulabgänger (vgl. iw-d 22/2011). Und die hätten mit solchen Übergangsangeboten eine hervorragende Möglichkeit, einzusteigen und sich zu qualifizieren.

# Prinz statt Poldi

**Fußball.** Vom 26. Juni bis zum 17. Juli findet in Deutschland die sechste Fußballweltmeisterschaft der Frauen statt. Die deutschen Damen um Spielführerin Birgit Prinz könnten im eigenen Land ihren dritten Titel in Folge holen. Ausländische wie inländische WM-Touristen bleiben jedoch weitgehend aus – und mit ihnen wirtschaftliche Impulse.

Sportliche Großereignisse wie die Olympischen Spiele sind finanzielle Kraftakte für die ausrichtenden Nationen. Die meist Milliarden-schweren Infrastrukturinvestitionen (vgl. iwd 34/2008 und iwd 22/2010) rentieren sich jedoch in der Regel; nicht zuletzt, weil Hunderttausende oder gar Millionen zusätzliche Touristen aus aller Welt angelockt werden. Anders sieht es bei der Fußball-WM der Frauen in diesem Jahr aus.

**Kaum WM-Touristen:** Gut neun von zehn Tickets wurden bislang an Fans innerhalb Deutschlands verkauft; die meisten wohnen in unmittelbarer Nähe der Spielorte. Zwar

sind laut FIFA bereits Tickets in 40 Länder gegangen – doch den großen Zuschaueransturm wird es nicht geben. Nur in den USA und Schweden haben sich die Frauen bereits eine reisewillige Fangemeinde erspielt.

Zu den Spielen der Männer-WM 2006 kamen dagegen 1,4 Millionen ausländische Gäste in die deutschen Stadien, viele weitere Touristen reisten als Begleitung mit. Damals wurden sogenannte Teamserien verkauft – Tickets für alle Spiele der jeweiligen Mannschaft. Die Fans konnten damit ihren Teams quer durch Deutschland hinterherreisen – sehr zur Freude der Tourismusbranche: Sie verbuchte knapp 2,9 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen durch die WM-Enthusiasten.

Für die Frauen-WM gibt es nur Städteserien-Tickets, mit denen alle Spiele an einem bestimmten Spielort besucht werden können.

**Keine Infrastrukturinvestitionen:** Im Gegensatz zur Männer-WM wurden keine neuen Stadien gebaut;

lediglich ein Stadion wurde modernisiert. Die Frauen kicken vor allem in Spielstätten, die bei der Männer-WM 2006 nicht zum Zuge gekommen sind. Aufgrund der kleineren Fangemeinde gab es auch keine umfangreichen Investitionen in die Verkehrs- und Touristkinfrastruktur.

**Schleppende Kartennachfrage:** Obwohl allein über eine Million Frauen und Mädchen in Deutschland Mitglied im Deutschen Fußballbund (DFB) sind, bleiben bisher viele der 700.000 Karten an den Schaltern liegen. Dabei kosten die Tickets im Vergleich zur Männer-WM regulär nur ein Drittel so viel. Der DFB rechnet nichtsdestotrotz im Schnitt mit weniger als 24.000 Zuschauern pro Spiel. Bei der letzten Frauen-WM in China waren es im Durchschnitt 34.000 Fans, in den USA kamen 1999 sogar über 37.000 Besucher pro Match.

Das deutlich geringere Faninteresse spiegelt sich in den Einnahmen wider (Grafik). Und so müssen die Verbandsfunktionäre auch in puncto Prämien eher knausern:

**Während der DFB bei der Männer-WM 2006 noch eine Titelprämie von 300.000 Euro pro Spieler ausgelobt hat, erhält jede deutsche Kickerin im Falle eines WM-Siegs nur ein Fünftel dieses Betrags.**

Die geringe ökonomische Bedeutung der Frauen-WM steht in krassem Widerspruch zu den sportlichen Erfolgen der deutschen Fußballerinnen. Seit ihrem ersten offiziellen Länderspiel 1982 haben sie zwei Weltmeister- und sieben Europameistertitel errungen – deutlich mehr als ihre männlichen Pendanten.



# Viel ausgegeben, kaum etwas passiert

**Gesetzliche Unfallversicherung.** Durchschnittlich 25 Arbeitsunfälle je 1.000 Vollzeitjobs – mit diesen Zahlen verzeichneten die Berufsgenossenschaften der gewerblichen Wirtschaft 2009 einen historischen Tiefstand. Ihre Ausgaben sind dennoch gestiegen.

Rund 34 Millionen abhängig Beschäftigte waren 2009 bei einer Berufsgenossenschaft der gewerblichen Wirtschaft (BG) versichert. Vom Museumsleiter bis zum Standesbeamten gehören weitere 4,3 Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes zu einem Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand – plus Schüler und Studenten sowie Pflegepersonen und Ehrenamtliche.

Die Aufgaben der Berufsgenossenschaften sind vielfältig:

- Bei Arbeits- und Wegeunfällen übernehmen die Träger die Kosten der medizinischen Behandlung.
- Können Beschäftigte wegen einer Allergie oder eines chronischen Leidens ihrem Job nicht mehr nachgehen, kümmert sich die zuständige BG auch um die berufliche Wiedereingliederung. Im Jahr 2009 wurden von über 66.900 Verdachtsfällen gut 16.000 als Berufskrankheit anerkannt.
- Sollte gar nichts mehr gehen, zahlen die Berufsgenossenschaften eine Erwerbsminderungsrente – im schlimmsten Fall auch an Hinterbliebene. Zuletzt überwiesen die BG 671.700 Erwerbsminderungs- und 115.000 Hinterbliebenenrenten.
- Die Sicherheitsexperten der Berufsgenossenschaften entwickeln auch Vorschriften für den Arbeitsschutz und sorgen dafür, dass diese

eingehalten werden. In rund 280.000 Unternehmen kontrollierten sie 2009 zum Beispiel, ob die Betriebe vorschriftsmäßig mit Gefahrstoffen oder gefährlichen Maschinen umgegangen sind.

- Zudem wurden insgesamt 332.000 Beschäftigte in 17.800 Arbeitsschutzkursen geschult, um danach in ihren Unternehmen als Ansprechpartner zu fungieren.

Nicht nur Arbeitnehmer profitieren von der gesetzlichen Unfallversicherung. Auch die Unternehmen werden vor möglichen Haftpflichtansprüchen geschützt – vorausgesetzt, die Betriebe beachten die einschlägigen Vorschriften, um Unfälle zu vermeiden. Auf den ersten Blick gelangt das unterschiedlich gut:


**Umgerechnet auf 1.000 Vollzeitstellen ereigneten sich 2009 am Bau im Schnitt 65 meldepflichtige Arbeitsunfälle; im Gesundheitsdienst und in der Wohlfahrtspflege waren es lediglich 14.**

Doch trotz aller Unterschiede zeigt sich ein einheitlicher Trend: Noch nie gab es über alle Branchen der gewerblichen Wirtschaft hinweg so wenige Unfälle (Grafik). Inwieweit der seinerzeit verstärkte Einsatz der Kurzarbeit damit zu tun hat, wird sich erst anhand der Zahlen für 2010 beurteilen lassen.

Trotz rückläufiger Unfallzahlen mussten die Berufsgenossenschaften allerdings rund 0,6 Milliarden Euro mehr ausgeben als 2008. Der Löwenanteil der insgesamt 12,8 Milliarden Euro entfällt mit 44 Prozent auf Renten und Abfindungen, weitere 27 Prozent vereinnahmen Heilbehandlungen und Reha-Maßnahmen.

## Weniger Arbeitsunfälle

Gemeldete Arbeitsunfälle je 1.000 Vollzeitstellen in der gewerblichen Wirtschaft



	1990	2009
<b>insgesamt</b>	<b>52,1</b>	<b>25,0</b>
Bau	119,6	65,1
Nahrungsmittel und Gaststätten	75,3	41,7
Holz und Metall	81,6	40,2
Verkehr	56,6	37,0
Handel und Waren-distribution	44,1	24,9
Energie, Textil, Elektro, Medienerzeugnisse	30,9	19,7
Rohstoffe und chemische Industrie	49,8	17,3
Verwaltung, Bahnen, Glas/Keramik	24,9	14,8
Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege	27,9	14,4

1990 = Westdeutschland  
Quelle: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Ind 25

Die Unternehmen wurden auch deshalb stärker zur Kasse gebeten.

**Der durchschnittliche Beitrag der Arbeitgeber stieg 2009 von 1,26 auf 1,31 Prozent der Entgeltsumme.**

Die Betriebe zahlen auf alle Bruttoentgelte Beiträge. Eine Beitragsbemessungsgrenze kennt die gesetzliche Unfallversicherung nicht. Zudem tragen die Unternehmen die Kosten – anders als in den anderen Sozialkassen – allein. Das bleibt bei der Diskussion um die Aufteilung der Beitragslast zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber oft außer Acht.

Mehr noch: Die Beiträge der Arbeitgeber versichern auch das Unfallrisiko auf dem Weg zwischen Wohnort und Arbeitsplatz – obwohl weder Unternehmen noch Berufsgenossenschaften Einfluss darauf haben, wie sich die Beschäftigten im Straßenverkehr verhalten.

# Werftindustrie im Wandel

**Schiffbau.** Die deutschen Werften haben 2010 noch vom vergangenen Aufschwung profitiert: 49 ausgelieferte Schiffe ließen den Umsatz um satte 47 Prozent auf jetzt 6,8 Milliarden Euro steigen. Doch neue Aufträge sind rar.

Vor der Finanz- und Wirtschaftskrise haben Reedereien rund um den Globus bei den deutschen Werften viele Frachtschiffe bestellt. Diese Aufträge wurden peu à peu abgearbeitet. Allein im vergangenen Jahr wurden 20 Container-, Fracht-, Tank- sowie Roll-on-Roll-off-Schiffe an die Reedereien übergeben.

Für diese Schiffstypen wird die deutsche Werftindustrie mit ihren 30 Standorten künftig kaum noch Aufträge bekommen. Denn die hochsubventionierten Großwerften in China und Korea leiden unter Überkapazitäten und drücken ihre Neubauten mit Dumpingpreisen in den Markt.

Deutsche Werften können hier nicht mithalten – so leeren sich

Docks und Bauhallen zusehends. In der Folge wurden 2010 rund 17 Prozent der Arbeitsplätze abgebaut (Grafik).

Es gibt allerdings mehr als ein Fünkchen Hoffnung, dass deutsche Werften nicht untergehen:

**1. Die Zukunft der deutschen Werftindustrie liegt im Passagierbootsbau.** Der deutsche Marktführer für große Passagierschiffe aus dem emsländischen Papenburg ist gut ausgelastet. Der Meyer-Werft ist es auch zu verdanken, dass die niedersächsische Werftindustrie bezogen auf die Tonnage fast die Hälfte aller deutschen Schiffsneubauten auf Kiel legt.

**Gut läuft auch der Bau von Booten und Yachten, bei dem die deutschen Hersteller in allen Preis- und Größenklassen punkten.**

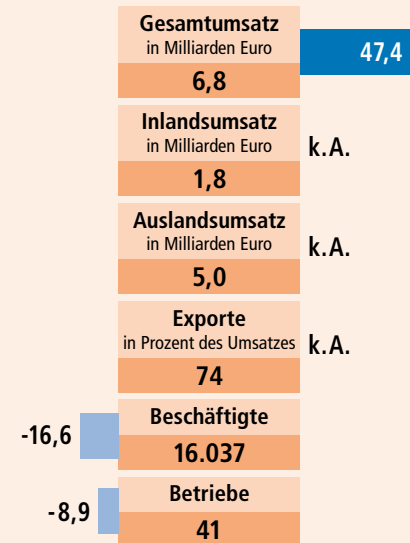
**2. Ein weiteres wichtiges Standbein der deutschen maritimen Industrie ist der Marineschiffbau.** Vor allem bei Fregatten, Korvetten und U-Booten haben heimische Werften technologisch die Nase vorn. Doch die Einsparungen bei der Bundeswehr verengen hier die Spielräume für Neubeschaffungen; und auch die südeuropäischen Nato-Partner haben kein Geld mehr für neue Fregatten und U-Boote.

**3. Den Übergang zum Spezialschiffbau dokumentiert der Bau des neuen**



## Schiffbau: Mehr Umsatz, weniger Beschäftigte

2010 Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Umsatz je Beschäftigten im Jahr 2010 in 1.000 Euro	
Schiffbau	424,6
Verarbeitendes Gewerbe	296,5

Betriebe: mit mindestens 50 Beschäftigten; Schiffbau einschließlich Boots- und Yachtbau; Exporte, In- und Auslandsumsatz: IW-Schätzung nach Angaben des VSM  
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt, Verband für Schiffbau und Meerestechnik (VSM)

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw25

Forschungsschiffs „Sonne“ auf der Neptun-Werft in Rostock.

**4. Die Energiewende dürfte den deutschen Werften neue Geschäftsfelder erschließen.** Denn weitere Meereswindparks müssen gebaut und gewartet werden. Dazu benötigen die Betreiber gewaltige **Kran-Hubinseln** oder **Versorgungsschiffe**, die dank Doppelrumpfkonstruktion den Wellen trotzen. Den wachsenden Bedarf an diesen Wasserfahrzeugen können die asiatischen Megawerften nicht abdecken.

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellvertreterin:** Brigitte Lausch  
**Redaktion:** Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowiec, Berit Schmiedendorf  
**Redaktion Berlin:** Klaus Schäfer  
**Redaktionsassistentin:** Angelika Goldenberg  
**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen  
**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich  
**Bezugspreis:** € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01  
 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer  
**Abo-Service:** 0221 4981-443,  
 hartmann@iwkoeln.de  
**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft  
 Köln Medien GmbH,  
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

**Druck:** Bercker Graphischer Betrieb  
 GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
 Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

**IW.KÖLN.WISSEN**  
 SCHAFFT KOMPETENZ.